

Nordenham

WESERMARSCH-ZEITUNG

Von Frust bis Erleichterung

KKU Horst Wreden und Michael Höbrink vertreten gegensätzliche Standpunkte

CDU-Chef Wreden hält den Beschluss der Bundesregierung für voreilig. SPD-Landrat Höbrink freut sich über eine verbesserte Sicherheitslage.

VON NORBERT HARTFIL

NORDENHAM/KLEINENSIEL – Unterschiedlicher könnten die Bewertungen kaum sein. Während der SPD-Landrat Michael Höbrink seine Forderung nach einem möglichst schnellen Ausstieg aus der Atomenergie erfüllt sieht, hat der Nordenhamer CDU-Chef Horst Wreden wenig Verständnis für die Stilllegung des Kernkraftwerks Unterweser.

„Schwarzer Tag“

Der vergangene Montag war für Horst Wreden ein „sehr schwarzer Tag“, weil die Regierungskoalition das endgültige Aus für den Atommeiler in Kleinensiel verkündet hat. Horst Wreden hat eine besondere Beziehung zum KKKU. In dem Kraftwerk war der Elektromeister schon beschäftigt, als es sich noch in der Bauphase befand. 33 Jahre vor 1975 bis 2008 hatte der Abbehauser im KKKU seinen Arbeitsplatz. Dass dort jetzt die Lichter ausgehen sollen, nachdem vor sieben Monaten noch eine Laufzeitverlängerung bis 2020 beschlossen worden war, stimmt ihn „böse und ärgerlich“.

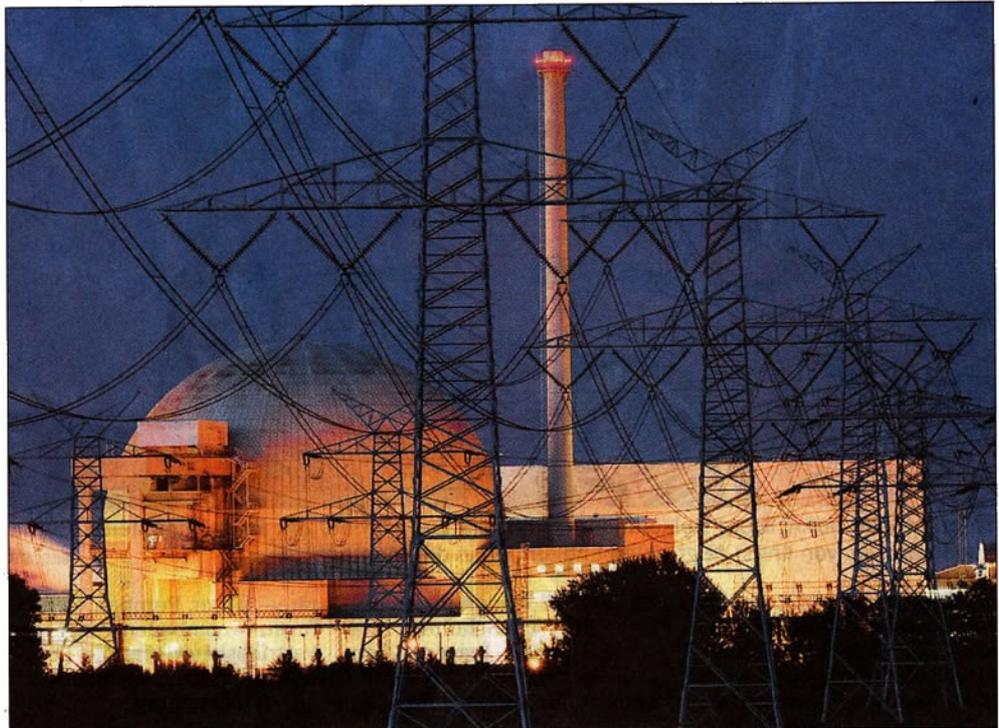


Horst Wreden

BILD: ARCHIV

Der 62-jährige Christdemokrat – er ist Vorsitzender der Stadtratsfraktion und des Stadtverbandes – macht auch kein Geheimnis aus seinem Groll auf Bundeskanzlerin Angela Merkel. Aller Parteiverbundenheit zum Trotz hat er wenig Verständnis für ihre plötzliche Verwandlung in eine Atomkraftgegnerin.

Horst Wreden wirft der CDU/FDP-Bundesregierung vor, „überstürzt und voreilig“ gehandelt zu haben. Das im



Das Kernkraftwerk Unterweser in der Dämmerung: Am Stilllegungsbeschluss scheiden sich die Geister.

BILD: INGO WAGNER

März aufgetretene Reaktorunglück im japanischen Fukushima sei zwar „äußerst bedauerlich, aber kein Grund, in Deutschland ganz auf die Kernenergie zu verzichten“. In der Folge werde die Abhängigkeit von Stromimporten aus anderen Ländern zunehmen, in deren Atommeilern die Sicherheitsstandards niedriger seien.

Horst Wreden kann gut verstehen, dass die KKKU-Mitarbeiter enttäuscht und verbittert sind. „Dass die hohe Politik so mit ihnen umgeht“, sagt er, „haben sie nicht verdient.“ Aufgrund ihrer speziellen Qualifikation werde es für die Kleinensieler Kraftwerker nicht ohne weiteres möglich sein, in der Region neue Arbeitsplätze zu finden. Auch für die Zulieferer und die Handwerksbetriebe sei die Stilllegung des KKKU ein „schwerer Schlag“.

Eine ganz andere Sicht der Dinge hat der Wesermarsch-Landrat Michael Höbrink, der sich frühzeitig dafür ausgesprochen hatte, das im März abgeschaltete KKKU nicht wieder ans Netz zu lassen. Für ihn kam der in Berlin gefasste Stilllegungsbeschluss „erwar-

tungsgemäß“. Seiner Einschätzung nach hätten sich die Risiken, die mit einem Weiterbetrieb verbunden gewesen wären, „nicht rechtfertigen lassen“. Auch nicht aus wirtschaftlichen Gründen, denn bei der Betrachtung der Kosten dürften die immensen Aufwendungen für die Atom- müllentsorgung nicht außen vor gelassen werden.

Michael Höbrink ist froh über die Abschaltung des Kernkraftwerks, weil sich dadurch „die Sicherheitslage in der Wesermarsch deutlich verbessert“. Zwar stelle das verbleibende Zwischenlager weiterhin eine Gefährdung dar, aber die Gesamtsituation habe sich erheblich entspannt. Die Perspektive, sich als atomkraftfreier Landkreis darstellen zu können, biete auch Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung.

Natürlich sei die Schließung des KKKU vor allem für

Stadland ein Einschnitt. Aber der Landrat hat große Hoffnung, dass in Kleinensiel neue Arbeitsplätze geschaffen werden können – zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien. Voraussetzung dafür sei, dass Politik und Investoren mitziehen.

„Eon ist in der Pflicht“

Bei der Versorgung der betroffenen KKKU-Mitarbeiter sieht der Landrat den Kraftwerksbetreiber Eon in der moralischen Pflicht. Michael Höbrink kann „nicht nachvollziehen, dass Eon so tut, als wäre die Stilllegung eine völlig neue Situation“. Seit dem ersten Atomausstiegsbeschluss von 2001 habe der Konzern genug Zeit gehabt, sich mit dem Thema zu befassen und Sozialpläne vorzubereiten. Doch stattdessen habe Eon „so getan, als könnte das KKKU ewig am Netz bleiben“. Diese Vorgehensweise sei fahrlässig gewesen. Der Landrat fordert den Energiekonzern auf, dafür zu sorgen, dass keiner der KKKU-Mitarbeiter in existenzielle Not gerät. „Dafür hat Eon am Standort Kleinensiel lange genug viel Geld verdient“, sagt Michael Höbrink.



Michael Höbrink

BILD: ARCHIV